



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 28.01.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1

Bauvoranfrage ATEGE, Albert-Ruprecht-Straße 1
- Neubau eines Speditionsterminals
- Vorstellung durch den Bauherrn

Vorl.Nr. 011/10

Beratungsverlauf:

Herr **Irschik** (ATEGE GmbH) schildert zunächst die Situation seines Unternehmens am derzeitigen Standort und macht auf die Vorteile einer Neuansiedlung im Gebiet Waldäcker aufmerksam. Sodann stellt er an Hand von Plänen, Grundrissen sowie einem Modell die neue Planung für ein Logistikzentrum mit Lagerung und teilweise wertschöpfenden Tätigkeiten vor. Er erläutert die zentralen Aspekte der Entwurfsplanung und betont die beabsichtigte funktionale, gestalterische und energetische Nachhaltigkeit. Weiter informiert er über die verkehrliche Anbindung und den künftigen Verkehrsfluss. Eine schalltechnische Untersuchung sei bereits durchgeführt worden. Es bestünden keine Bedenken. Abschließend skizziert Herr Irschik den geplanten Projektablauf. Im Juli 2010 solle nach Möglichkeit mit den Erdbauarbeiten begonnen werden, so dass ab Oktober 2011 Umzug und Probelauf in Angriff genommen werden könnten. Die endgültige Inbetriebnahme sei dann für Januar 2012 vorgesehen.

Herr **Mayer** (FB Bürgerbüro Bauen) macht mit Verweis auf die Vorl. Nr. 011/10 darauf aufmerksam, dass nach dem geltenden Bebauungsplan für das Vorhaben 5 Befreiungen erforderlich seien, gegen die jedoch keine Bedenken bestünden. Die Abweichungen beziehungsweise Überschreitungen seien vertretbar, andere Eingriffe wie beispielsweise in das Pflanzgebot würden entsprechend ausgeglichen. Die Verwaltung beabsichtige daher, die Voranfrage positiv zu bescheiden.

Stadtrat **Noz** bringt vor, seine Fraktion habe insgesamt keine Bedenken und werde die Planung unterstützen. Kritisch sehe er lediglich die zusätzliche Verkehrsbelastung, die durch das neue Speditionsterminal zusätzlich erzeugt werde. Eine schnelle Realisierung der Weststrandstraße werde dadurch noch dringlicher. Wichtig sei ihm zudem, dass die für einen künftigen Radweg entlang der Schlieffenstraße benötigte Fläche im Besitz der Stadt bleibe. Nur so könne man eine eventuelle spätere Realisierung sichern.

Stadtrat **Griesmaier** kann die Konzeption befürworten. Er äußert sich erfreut darüber, dass das Gebäude wohl so ausgerichtet werden könne, dass es als Schallschutz diene. Dabei müsse jedoch verhindert werden, dass hierdurch gleichzeitig der Verkehrslärm auf die Wohnblöcke gegenüber reflektiert werde. Auch Stadtrat Griesmaier spricht sich dafür aus, die Option für einen Radweg offen zu halten.

Stadtrat **Kirnbauer** beurteilt die geplante Bebauung entlang der Schlieffenstraße als sehr dicht. Da zudem der Randstreifen schmaler ausfallen werde als bei anderen Gebäuden bestehe die Gefahr der Verschattung der gegenüberliegenden Gebäude.

Stadtrat **Gericke** erachtet ebenso wie seine Vorredner die Dichte der Bebauung, deren Höhe sowie die Punkte Schallreflexion und Verschattung als problematisch. Insgesamt hole die Planung aber das Optimum aus dem Standort heraus. Er bittet darum, bezüglich der Fassadengestaltung noch das Gespräch mit den Bewohnern der östlich angrenzenden Gebäude zu suchen. Weiter fordert er dazu auf, den Wegfall der Bäume durch angemessene Ausgleichspflanzungen zu kompensieren.

Stadtrat **Haag** hofft, dass insbesondere zur Ostseite hin Begrünungselemente zu gestalterischen Zwecken eingesetzt werden, um die Fassade dort aufzulockern.

Stadträtin **Burkhardt** schließt sich ihren beiden Vorrednern an. Sie fordert dazu auf nochmals zu prüfen, ob der Baukörper nicht weiter von der Straße abgerückt und durch eine Baumreihe abgeschirmt werden könne. Durch die Autobahn und die Schwieberdinger Straße sei das Gebiet bereits so hoch belastet, dass jeder einzelne Baum wichtig sei.

Stadtrat **Glasbrenner** gibt zu bedenken, dass rund um das Gelände ein fünf Meter breites Pflanzgebot bestehe. Wenn der Radweg entlang der Schlieffenstraße komme, seien an dieser Seite allerdings nur noch zwei Meter hiervon übrig.

BM **Schmid** verdeutlicht, dass derzeit nicht absehbar sei, ob und wann ein Radweg entlang der Schlieffenstraße eingerichtet werde. Daher mache es für die Stadt keinen Sinn, die hierfür notwendige Fläche bereits heute zu erwerben. Alternativ könne man jedoch die Einräumung eines Rückkaufrechts in Erwägung ziehen, um für künftige Entwicklungen gut aufgestellt zu sein.

Sodann beantwortet Herr **Irschik** Fragen des Gremiums zu den Themen Lärmschutz und Fassadengestaltung, Höhe und Dichte der Bebauung, Begrünung und Baumpflanzungen, Einsatz von Solartechnik sowie zur Zahl der künftig am Standort beschäftigten Mitarbeiter.

Stadtrat **Kirnbauer** erklärt Folgendes zu Protokoll:

„In der Kammerer Straße waren seither 97 Mitarbeiter beschäftigt und hier sind nur noch 90 Mitarbeiter beschäftigt. Die uns zugesagten Mehrarbeitsplätze entfallen einfach. Hier wurden wir also getäuscht.“

Herr **Irschik** wendet sich ausdrücklich gegen diesen Vorwurf. In der Vergangenheit habe man möglicherweise mit Zukunftsprognosen gerechnet, die heute so nicht mehr realistisch seien. Auf Grund der Wirtschaftskrise habe man sich bedauerlicher Weise bereits von Personal trennen müssen. Die jetzt zu Grunde gelegten Zahlen seien ausdrücklich Ist-Stände, künftige Entwicklungen müssten sich mit der Zeit zeigen.

Stadtrat **Kirnbauer** ergänzt seine Stellungnahme:

„Als Verkaufsargument wurde uns gesagt, dass die Mitarbeiter aus der Kammerer Straße übernommen werden und dass Sie mit Mann und Hummel in Verhandlung treten, dass Sie eventuell hier auch einen Teil der Mitarbeiter, die dort entlassen werden, übernehmen. Dies wurde uns vom Herrn Oberbürgermeister zugesagt und dies wurde nicht eingehalten. Das will ich jetzt nur festhalten.“

BM **Schmid** weist darauf hin, dass es heute vor allem um baurechtliche Fragen gehen solle. Die von Stadtrat Kirnbauer angeführten Zusagen seien ihm so nicht in Erinnerung. Zusammenfassend hält er fest, dass er äußerst erfreut darüber sei, dass eine Ludwigsburger Firma in der derzeitigen wirtschaftlichen Lage überhaupt erweitern wolle und zudem ein so gelungenes Vorhaben plane.

Beratungsverlauf:

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) stellt an Hand von Grafiken die gemessenen Werte der Luftschadstoffe PM₁₀, NO₂ und NO_x sowie entsprechende Referenzwerte vergleichend gegenüber. Weiter erläutert er mit Verweis auf die Vorl. Nr. 009/10 die voraussichtlichen Auswirkungen der Fortschreibung des Luftreinhalteplanes für die Stadt Stuttgart auf Ludwigsburg und stellt mögliche weitere Vorgehensschritte dar.

Das Gremium spricht sich einmütig dafür aus, dass eine intensivere Auseinandersetzung mit diesem vielschichtigen Thema erforderlich sei. Es sei dringender Handlungsbedarf gegeben. Besonderen Wert wird auf ein abgestimmtes Vorgehen in der Region gelegt.

Nach kurzer Diskussion im Gremium beantragt Stadtrat **Noz**, die Beratung zu vertagen, sofern dies unter terminlichen Aspekten noch möglich sei.

Das Gremium schließt sich diesem Wunsch an.

BM **Schmid** sagt zu, er werde das Regierungspräsidium Stuttgart um eine Verlängerung der für die Stellungnahme gesetzten Frist bitten. Gleichzeitig werde die Stadt Ludwigsburg vorab mitteilen, dass sie den vorgesehenen Maßnahmen kritisch gegenüber stehe, da diese nicht regional abgestimmt seien. Sodann lässt er über den Vertagungsantrag von Stadtrat Noz abstimmen.

Der Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

BM **Schmid** kündigt an, das Thema Luftreinhaltepläne werde dann in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt erneut beraten.